

Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg
c/o Studierendenrat der Universität Tübingen
Clubhaus
Wilhelmstraße 30
72074 Tübingen
praesidium@lastuve-bawue.de

LandesASTenKonferenz
Baden-Württemberg

c/o Studierendenrat der Universität
Tübingen
Clubhaus
Wilhelmstraße 30
72074 Tübingen

www.lastuve-bawue.de

Mail: praesidium@lastuve-bawue.de

Dominik Birkenmaier
Sprecher

Andreas Bauer
Sprecher

Marc Baltrun
Sprecher

Claus-Peter-Käpplinger
Sprecher

Tasson Ruenpirom
Sprecher

18.03.2020

**Stellungnahme der Landesstudierendenvertretung zur Beschlussempfehlung des
Petitionsausschusses zur Petition 16/03865 (Drucksache 16/7794)**

An die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg, im Speziellen an die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst und die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen,

An das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wir, die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg, teilen Ihnen mit, dass wir den jetzigen Entwurf der Hochschulfinanzierungsvereinbarung, der wir uns detailliert in eigener Stellungnahme widmen werden, genauso wie die Stellungnahme und Beschlussempfehlung in Reaktion auf unsere Petition zur Hochschulfinanzierung für völlig unzureichend erklären.

Zur Petition: Gemäß Beschlussempfehlung durch den Petitionsausschuss wird unsere Petition im Hinblick auf den bevorstehenden Abschluss der Hochschulfinanzierungsvereinbarung 2 mit den Hochschulen für erledigt erklärt. Dieser Einschätzung können wir mitnichten folgen. Die Hochschulfinanzierungsvereinbarung bleibt in ihrer Gesamtheit weit hinter den Forderungen der Petition zurück. Allein der finanzielle Rahmen reicht bereits nicht aus, um die Defizite und die Mangelpolitik der vergangenen 20 Jahre auszugleichen. Dieses Gesamtfinanzierungspaket verstetigt vielmehr aus unserer Sicht auf Jahre hinaus weiterhin den desolaten Zustand an den baden-württembergischen Hochschulen, der sich insbesondere im Bereich der Lehre auswirkt und damit auch nachhaltigen Einfluss auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Landes Baden-Württemberg nimmt.

Politische Phrasen wie "Das Engagement der Studierenden für die Hochschulen wird ausdrücklich begrüßt. Die Forderung nach einer nachhaltigen Verbesserung der Hochschulfinanzierung ist richtig;" sorgen nicht dafür, dass die Situation an den Hochschulen wirklich nachhaltig verbessert wird.

Ein entscheidender Schwerpunkt für eine nachhaltige Verbesserung an den Hochschulen des Landes muss der Ausbau der personellen Kapazitäten, insbesondere im Bereich der Lehre sein. Mit dem auslaufenden Hochschulfinanzierungsvertrag und den vorhergehenden Solidarpakten, die zum Teil Sparprogramme darstellten respektive später den massiven Ausbau von Studienplatzkapazitäten beinhalteten, wurden zwar viele neue Studienplätze geschaffen. Dabei wurde jedoch vergessen, auch die dafür notwendigen personellen Ressourcen dauerhaft und verstetigt zu schaffen. Der nun vorliegende HoFV-Entwurf schafft hier keine verlässliche Abhilfe in der Breite und wird die geschaffene mangelhafte personelle Betreuung der Studierenden in der Lehre weiter zementieren. Es ist zu befürchten, dass angesichts der aktuellen Landespolitik und medialen Darstellung vor allem Kapazitäten in Leuchtturm-Projekten wie dem Cyber Valley oder aber durch die Neuausrichtung und Akademisierung der Gesundheitsfachberufe gebunden werden.

Eine breite Verbesserung des Lehrangebots durch mehr Lehrpersonal und Schaffung neuer Lehrkapazitäten in allen Fachbereichen, ein Ausbauprogramm für die fachliche Breite an Studiengängen, beispielhaft etwa im Bereich der Gesellschaftswissenschaften oder der Raumwissenschaften, scheint hingegen politisch nicht gewollt zu sein.

Verweise auf andere Bundesländer zur positiven Selbstdarstellung sind dabei genauso vermessen wie fatal. Die hochschulpolitische Ausrichtung auf Basis von Umsetzungen und Handhabungen in anderen Bundesländern ist ein völlig falsches Signal sowohl an die Hochschulen wie auch die dort Betroffenen. Ziel der Landespolitik muss vielmehr eine in sich stimmige Entwicklung auf Basis der eigenen Situation im Land sein. Dafür braucht es nicht den Verweis auf andere Länder. Dafür braucht es fundierte Kenntnisse und das nötige Wissen und Know-how aus den und über die landeseigenen Hochschulen und die dortige Situation. Wir fordern daher ein Ende des reaktionären politischen Handelns und Denkens, das sich an den Verweisen auf andere Länder nachweisen lässt.

Auch wenn die Finanzierung pro Kopf bei gleichbleibenden Studierendenzahlen preisbereinigt deutlich steigen soll, so wird damit noch lange nicht ausgeglichen, was in den vergangenen 20 Jahren an den Hochschulen an Boden verloren wurde. Einer Forderung von 1000 Euro zusätzlich je Studierender und Studierendem hinkt der Entwurf der Hochschulfinanzierungsvereinbarung um Jahrzehnte hinterher. Die Verstetigung der Ausbaumittel ignoriert zudem den gestiegenen finanziellen Bedarf für viele Leistungen, die inzwischen teurer geworden sind. D.h. für die selbe Geldsumme lassen sich rein rechnerisch heute weniger Leistungen erwerben, als dies bei der Einführung der Ausbaumittel der Fall war. Zudem müssen Dauerstellen gegenüber dem Finanzministerium

zusätzlich eingekauft werden. Auch hier das Resultat: Weniger Lehrpersonal für gleiches Geld.

Die Landesstudierendenvertretung fordert und begrüßt die Entfristung und damit verbunden die Schaffung von Dauerstellen. Die verbleibenden zusätzlichen Gelder können aber nicht über die bestehenden strukturellen Fehler und Defizite hinwegtäuschen. Wie die Landesregierung selbst in der Beurteilung der Petition äußert: Die neue Hochschulfinanzierungsvereinbarung deckt schon jetzt erkennbar nicht die angemeldeten Finanzierungsbedarfe der Hochschulen ab. Mehr als 25.000 Mitstreiter, Betroffene und Unterstützer unserer Petition sehen das genauso wie wir und haben sie bereits im vergangenen Jahr deutlich ermahnt (vgl. <https://www.openpetition.de/petition/online/hochgeschult-kaputtgespart-fuer-ein-ausfinanziertes-hochschulsystem-in-baden-wuerttemberg>). Diese Mahnung scheint jedoch angesichts des nun vorliegenden Entwurfs für eine Hochschulfinanzierungsvereinbarung und angesichts der Beschlussempfehlung zu unserer Petition nicht zu den Entscheidungsträgern des Landes durchgedrungen zu sein. Anders lassen sich diese Ergebnisse jedenfalls nicht erklären.

Müssten wir als Landesstudierendenvertretung der Landesregierung daher zum jetzigen Zeitpunkt ein Arbeitszeugnis ausstellen für eine Bewertung des Finanzrahmens für die Hochschulen, so würde sich die Anmerkung "Grün-Schwarz war stets bemüht die Hochschulen zu finanzieren" darin finden.

Wir fordern die Landespolitik daher auf: Identifizieren Sie in einem ersten Schritt gemeinsam mit den Studierenden und den Hochschulen die von Ihnen selbst anerkannten Finanzierungslücken an den Hochschulen, die der laufende Hochschulfinanzierungsvertrag und der neu gesetzte finanzielle Rahmen lassen. Beheben Sie in einem zweiten Schritt durch einen Nachtragshaushalt und die Ergänzung der Hochschulfinanzierungsvereinbarung an entsprechender Stelle die selbst erkannten Mängel. Es liegt an Ihnen, die Zukunft des Landes zu gestalten. Verpassen Sie jetzt nicht die richtige Ausfahrt.

Die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg